



**BÜNDNIS '90
DIE GRÜNEN**

RATSFRAKTION DER
STADT KREFELD

VON-DER-LEYEN-PLATZ 1
47798 KREFELD
TEL.: 021 51/86 20 35
FAX: 021 51/86 20 40
SPRECHZEITEN:
MO.-DO. 9 - 16 UHR
FREITAG 9 - 12 UHR

26.08.2014

Ratsfraktion/Bündnis 90-Die Grünen/Von-der-Leyen-Platz 1/47798 Krefeld

Herrn
Oberbürgermeister
Gregor Kathstede
- Rathaus -

Sitzung des Stadtrates am 18.9.2014
TOP: Resolution gegen die Einführung einer PKW-Maut

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

namens meiner Fraktion bitte ich für die Ratssitzung am 18.9.2014 um Aufnahme des folgenden Antrags auf die Tagesordnung:

Dazu soll der folgende Beschluss gefasst werden:

1. Der Rat der Stadt Krefeld lehnt die von Bund geplante Einführung einer PKW-Maut in Form einer Vignettenlösung aus folgenden Gründen ab:
 - a) Krefeld als Großstadt am Niederrhein benötigt wirtschaftlich wie sozial eine enge Kooperation mit den niederländischen Nachbarkommunen, insbesondere mit seiner Partnerstadt Venlo. Eine „Ausländermaut“ schafft eine unnötige Barriere im grenzüberschreitenden Verkehr
 - b) Verkehrspolitisch ist die Vignettenlösung des Bundesverkehrsministers abzulehnen, da sie keinerlei Verbrauchsorientierung und damit keine ökologische Lenkungswirkung hat
 - c) Neben wirtschaftlichen und touristischen Negativfolgen am Niederrhein ist zu befürchten, dass die Niederlande im Falle einer Einführung der Maut ihrerseits künftig ausländische PKW bemauten wird. Somit sind auch für Krefelder Bürgerinnen und Bürger künftig finanzielle Nachteile nicht auszuschließen, auch wenn es eine funktionierende Kompensation der deutschen Mautkosten über die KFZ-Steuer geben sollte
 - d) Zu erwartende Mautausweichverkehre würden zu deutlichen Verkehrsverschiebungen auf Bundes- und Landstraßen führen. Dies hätte deutliche Nachteile für die nieder-rheinische Straßenverkehrsstruktur
 - e) Es bestehen erhebliche rechtliche Bedenke, ob die geplante Maut mit den Antidiskriminierungsrichtlinien der Europäischen Union vereinbar ist
 - f) Es steht zu befürchten, dass der Maut-Verwaltungsaufwand einen Großteil der generierten Einnahmen aufzehrt
 - g) Das Konzept ist - selbst wenn sich die optimistischsten Einnahmeerwartungen des Bundesverkehrsministers in Höhe von 625 Millionen Euro im Jahr erfüllen würden - ungeeignet, die Finanzierungslücke beim Infrastrukturerhalt zu decken. Dieser wird laut Daehre-Kommission auf 7,2 Milliarden Euro im Jahr beziffert
 - h) Es ist davon auszugehen, dass selbst bei einer Beteiligung der Kommunen an den Mauteinnahmen die ökonomischen und damit nachgelagert auch fiskalischen Nachteile für Krefeld überwiegen

2. Der Rat der Stadt Krefeld fordert die Verwaltung auf, sich in Abstimmung mit der Partnerstadt Venlo mit einer Einwendung in o.g. Sache an den Bundesverkehrsminister zu wenden. Diese Einwendung ist basierend auf den unter 1. a) bis h) aufgeführten Punkten für die Stadt Krefeld einzureichen.

Begründung:

Jüngst feierte die Stadt Krefeld die 50 Jahre bestehende Städtepartnerschaft mit Venlo. Währenddessen plant die Bundesregierung auf Druck des CSU-Verkehrsministers Dobrindt die Einführung einer PKW-Maut, die sowohl von denen im NRW-Landtag vertretenden Parteien als auch von Experten als rechtlich zweifelhaft, ökonomisch unsinnig, nicht verursachergerecht und verkehrlich bestenfalls lenkungswirkungsfrei eingeschätzt wird. Es liegt deshalb im Interesse Krefelds, auf diesen Umstand aufmerksam zu machen um den regen ökonomischen, sozialen und kulturellen Austausch mit den niederländischen Nachbarn nicht zu gefährden.

Mit freundlichen Grüßen



Daniel John
Ratsherr

Kopie an:

- SPD-Ratsfraktion
- CDU-Ratsfraktion
- FDP-Ratsfraktion
- Ratsfraktion LINKE
- Gruppe Partei-Piraten
- Gruppe AfD
-
- OB / 053